

Deutschland-Berlin: Event-Organisation
OJ S 184/2023 25/09/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Bundesstiftung Gleichstellung

Postanschrift: Kartl-Liebknecht-Str. 34

Ort: Berlin

NUTS-Code: DE300 Berlin

Postleitzahl: 10178

Land: Deutschland

E-Mail: vergabestelle@goehmann.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <https://bundesstiftung-gleichstellung.de>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y4B6WYY/documents>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y4B6WYY>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Einrichtung des öffentlichen Rechts

I.5. Haupttätigkeit(en)

Andere Tätigkeit: Gleichstellung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Bundesstiftung Gleichstellung - 2. Gleichstellungstag

Referenznummer der Bekanntmachung: BSG-GST-2024

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

79952000 Event-Organisation

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

79340000 Werbe- und Marketingdienstleistungen

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE300 Berlin

Hauptort der Ausführung: Berlin

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Die Bundesstiftung Gleichstellung ist eine rechtsfähige bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts mit Sitz in Berlin. Der Stiftungszweck ist die Stärkung und Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland.

In den Ausführungen zum Errichtungsgesetz wird ein regelmäßig stattfindender Gleichstellungstag als ein wichtiges Instrument benannt, um den Dialog über Gleichstellung mit diesen Gruppen zu führen, Erfahrungen aus der Praxis zu bündeln und die relevanten Akteur*Innen zu vernetzen. Der Gleichstellungstag soll die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Standpunkten aus Wissenschaft und Praxis gewährleisten und darüber hinaus Einblick in die alltägliche Gleichstellungsarbeit, in aktuelle Diskurse der Gleichstellungspolitik sowie in Gleichstellungsaspekte anderer Politikfelder wie Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik geben.

2024 wird die Veranstaltung die Wechselwirkung von Gleichstellung und gesellschaftlichen Transformationsprozessen in den Blick nehmen. Mit dieser Ausschreibung soll eine Agentur mit der Planung, Organisation und Durchführung des 2. Gleichstellungstags beauftragt werden.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Qualität / Gewichtung: 60%

Preis - Gewichtung: 40%

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/11/2023 Ende: 28/02/2025

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

- 1) Kurze Darstellung des Unternehmens
- 2) Nennung der für das Unternehmen verantwortlichen Personen
- 3) Eigenerklärung zu §§ 123, 124 GWB (Vordruck Angebot)
- 4) Nachweis einer Veranstaltungshaftpflichtversicherung mit folgenden Deckungssumme: pro Schadenfall EUR 3 Mio. für Personenschäden und EUR 3 Mio. für Sach-, Vermögens- und sonstige Schäden.
- 5) - sofern einschlägig - Angabe im Angebot zu Art und Umfang Nachunternehmerleistungen (die namentliche Benennung der Nachunternehmer und die Abgabe von Verpflichtungserklärungen der Nachunternehmer muss erst auf Verlangen des Auftraggebers erfolgen)
- 6) - sofern einschlägig - Bietergemeinschaftserklärung
- 7) Erklärung Einhaltung Mindestlohn MiloG (Vordruck Angebot)

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

- 1)
Netto-Gesamtjahresumsatz (in Euro) im Durchschnitt der letzten drei (3) abgeschlossenen Geschäftsjahre in Höhe von mindestens EUR 420.000. Anzugeben sind die in den einzelnen Jahren erzielten Netto-Umsätze.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

- 1)
Der:Die Bieter:in muss mindestens 3 (drei) Referenzprojekten aus den letzten 5 (fünf) Jahren nachweisen (Leistungsbeginn ab 01.01.2018, Abschluss der Leistungen im Zeitpunkt der Angebotsabgabe). Das bei jedem der 3 (drei) Referenzprojekte zur Verfügung stehende und eingesetzte Budget muss mindestens EUR 150.000 betragen haben. Bei mindestens einem der drei Referenzprojekten müssen weitere spezifische Anforderungen erfüllt sein (siehe Punkt 2)). Die Angaben zu den Referenzprojekten müssen mit den verbindlichen Ausführungen dargestellt und erfasst werden. Eine DIN A4-Seite mit einer Darstellung des jeweiligen Referenzprojektes ist dem Angebot beizulegen.
- 2)
Von den drei angeführten Referenzprojekten muss mit mindestens einem (1) Referenzprojekt die Veranstaltungsorganisation für öffentliche Einrichtungen, NGOs, Stiftungen oder im gesellschaftspolitischen Umfeld realisiert worden sein.
- 3)
Der:Die Bieter:in muss nachweisen, dass er:sie aktuell die nachfolgend angeführten Anforderungen an ein qualifiziertes Schlüsselpersonals erfüllt.
 - 3.1)
Beschäftigung von mindestens 2 (zwei) Personen (als Personen gelten neben den geschäftsführenden Organen stellvertretende Geschäftsführer:innen und festangestellte Mitarbeiter:innen) für die geforderte Leistungen mit jeweils mindestens drei Jahren

Berufserfahrung mit der Planung und Durchführung eines Fachkongresses mit mindestens 600 Teilnehmer:innen. Diese personenbezogenen Referenzen müssen mit dem Angebot innerhalb der Angebotsfrist eingereicht werden.

3.2)

Beschäftigung mindestens einer weiteren Person als Projektleiter:in mit mindestens drei Jahren Berufserfahrung sowie einer stellvertretenden Projektleitung, der/die ebenfalls über mindestens drei Jahre Berufserfahrung im Arbeitsfeld der Leistungsbeschreibung verfügt. Auch hier müssen die personenbezogenen Referenzen mit dem Angebot innerhalb der Angebotsfrist eingereicht werden.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 17/10/2023 Ortszeit: 12:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 30/11/2023

IV.2.7. Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 17/10/2023 Ortszeit: 12:01

Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren: Bieter sind bei der Öffnung der Angebote nicht zugelassen.

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Bekanntmachungs-ID: CXP4Y4B6WYY

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes

Postanschrift: Villemombler Str. 76

Ort: Bonn

Postleitzahl: 53123

Land: Deutschland

Telefon: +49 2289499-0

Fax: +49 2289499-163

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Es gilt deutsches Recht. Auf die Vorschriften des Vierten Teils des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und die VgV wird nachdrücklich verwiesen.

Unternehmen haben einen Anspruch auf Einhaltung der bewerber- und bieterschützenden Bestimmungen über das Vergabeverfahren. Sieht sich ein Bewerber in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß unverzüglich gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.

Teilt der Auftraggeber dem Bewerber mit, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann von dem Bewerber ein Antrag auf Nachprüfung gestellt werden. Ein eventueller Antrag auf Nachprüfung ist spätestens innerhalb von 15 Tagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, schriftlich an die zuständige Stelle zu richten.

Ein Antrag auf Nachprüfung ist gemäß § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit

- der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB darüber informiert. Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung dieser Information durch den Auftraggeber geschlossen werden. Bei Übermittlung per Fax oder auf elektronischem Weg beträgt diese Frist zehn Kalendertage. Sie beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber.

Der Auftraggeber ist im Falle eines Nachprüfungsantrags verpflichtet, die Vergabeakten, die auch die abgegebenen Angebote enthalten, an die Vergabekammer weiterzuleiten.

Nach § 165 GWB haben die Verfahrensbeteiligten unter Umständen Anspruch auf Akteneinsicht und können sich gegebenenfalls Ausfertigungen, Auszüge oder Abschriften erteilen lassen. Die Vergabekammer hat die Einsicht nach § 165 GWB zu versagen, soweit dies aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimnisses oder zur Wahrung von Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen geboten ist. Nach § 165 GWB hat jeder Beteiligte mit der Übersendung seiner Akten oder Stellungnahmen auf die Wahrung der Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse hinzuweisen und diese in den Unterlagen deutlich kenntlich zu machen.

VI.5.

Tag der Absendung dieser Bekanntmachung
20/09/2023